



BRIV

Erscheint monatlich 2 mal zum 15. und 1. des Mts.

Organ des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg. Vierteljahresabonnement durch die Post 90 Pfg.

1. August 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 15

Wo sind wir angelangt!

Arbeiterblut fließt täglich, an einem Sonntag 17 Tote, 191 Schwerverletzte, am nächsten Sonntag 17 Tote in Altona und gleichfalls viele Schwerverletzte, von denen ein Teil zeitlebens Krüppel bleibt. In der kurzen Zeit, in der die Regierung Papen-Schleicher am Ruder ist und durch die Aufhebung des SA- und Uniformverbotes diesen Leuten, die in ihrem Programm alle Andersdenkenden erschießen und erhängen wollen, indirekt zu solchen Mordtaten anfeuerte, sind Hunderte von Proletariern diesem Terror zum Opfer gefallen.

Vierzehn Tage vor der Reichstagswahl macht die Regierung eine erneute Verbeugung vor Hitler durch das Verbot aller Demonstrationen, um dadurch die Propaganda gegen den Faschismus einzuschränken. Heißt es doch in einem Kommentar zu der Notverordnung über das Demonstrationsverbot, daß die politischen Zusammenstöße in den weitaus meisten Fällen auf Provokation und Ueberfälle von kommunistischer Seite zurückzuführen sind. — Man will den Massen einreden, daß die Kommunisten an allem schuld sind, schuld daran sind, wenn die Nazis Reichsbanner-Arbeiter, Frauen und Kinder niederknallen, in Demonstrationen schießen, Gewerkschaftshäuser und sogar das Vorwärtsgebäude stürmten, in provozierender Weise alles niederschlagen was nicht „Heil Hitler“ brüllt. — An allem sind die bösen Kommunisten schuld, selbst wenn gar kein Kommunist dabei war.

Auch die Forderung Hitlers, Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und Verhängen des Ausnahmezustandes, hat die Regierung in die Tat umgesetzt. Sie hat Minister und Polizeipräsidenten zum Teufel gejagt, durch Reichswehr das Ministerium besetzen lassen und alles, was dort nach SPD. riecht, seiner Funktion entzogen. — So will es Hitler und so wird es vom Preussischen Reichskommissar von Papen durchgeführt.

Jetzt erhalten die Leute, die der Reaktion in den Sattel halfen, den Lohn für ihre Tolerierungspolitik.

Ueber die Auswirkungen dieser gesetzwidrigen Handlungen ein Urteil abzugeben, ist uns nicht möglich, da durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli das Recht der persönlichen Freiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit aufgehoben ist und die Artikel der Verfassung, in welchen das Vereins- und Versammlungsrecht und die Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis verankert waren, außer Kraft gesetzt, Haussuchungen und Beschlagnahmungen, Aufhebungen des Eigentumsrechtes zulässig sind.

Hierüber entscheiden jetzt Militärbefehlshaber.

Die Nebenregierung Hitler stellt ein Ultimatum, in dem sie verlangt, daß es verboten wird, daß sich die Proleten gegen den Terror der Nazis wehren, daß sie sich ruhig, ohne zu mucksen, abschlagen zu lassen haben, daß die Helden der SA. und SS. weiterhin schwer bewaffnet einherlaufen dürfen, während die Proleten nicht einmal die Faust gegen diese provozierende Brut erheben sollen. — Wenn ein Soldat seinem Gegner aus dem Wege geht, so wird er wegen Feigheit vor dem Feinde erschossen. Das Proletariat, das in dem Faschismus und seinen SA.-Horde seinen ärgsten Feind erblickt, soll sich nicht wehren, sondern diesen schalten und walten lassen wie er will. — Das ist die Logik einer Militärregierung. — Jeder Wurm, der getreten wird, krümmt sich. — Druck erzeugt Gegendruck.

Das Ultimatum ist auf Anordnung des kleinen Osaf herausgegeben worden, in dem für den Fall der Ablehnung sogar gedroht wird, ohne Rücksicht auf gesetzliche Schranken die bewaffnete Selbsthilfe zu proklamieren. Dieses ergeben die einheitlichen Ausführungen der führenden Köpfe der NSDAP. in den letzten Tagen. So erklärte Göring im Berliner Sportpalast, der Reichsminister des Innern stolpere über Paragraphen und Zwirnsfäden der Bürokratie. In Blutterror und Mordhetze mache sich ein Untermenschentum breit, weil eine Reichsregierung paritätisch sein wolle statt wahrhaft nationalistisch aufzutreten. Dieses Untermenschentum rechnet noch mit der Disziplin der Nationalsozialisten. Es weiß, daß ein Befehl existiert, daß kein SA.-Mann eine Waffe führen dürfe. Doch jetzt ist Schluß. Wenn

in den nächsten Tagen der Führer aus Ostpreußen zurückkehrt, dann werde ich ihn mit anderen Führern der Partei bitten — und ich weiß, daß diese Bitte erfüllt wird. Dreimal vierundzwanzig Stunden das Notwehrrecht hergestellt, den Braunhemden die Freiheit gegeben und das feige Gesindel verkriecht sich in das letzte Loch. In dreimal vierundzwanzig Stunden wird die Straße wieder frei sein und es werden gesicherte Verhältnisse herrschen.

Goebbels: „Wenn der Minister des Innern noch Einwendungen macht, daß er sich an Bestimmungen halten müsse, so sagen wir, es ist besser ein Volk zu

Zur 18. Wiederkehr des 1. August 1914

18 Jahre sind vergangen, seit der mehr denn 10 Millionen Tote und 14 Millionen Krüppel hervorgerufene Weltkrieg seinen Anfang nahm. Die Blutsaat dieses Zusammenstehens von Millionen Menschen im Waffenrock, die sich nie zuvor gesehen, nie etwas zuleide getan hatten, hat ihre reichlichen Früchte über Zusammenbruch, Revolution und Inflation zur Weltwirtschaftskrise, Massenerwerbslosigkeit, Finanzkrise, Elend und Not in furchtbarem Ausmaße in alle Länder getragen. Diesen Fortschrittsgewinnen einer kleinen Anzahl Kapitalshyänen und unzurechnungsfähiger Despoten mußte das Volk aller Länder schwer bezahlen. Man sollte annehmen daß es von diesem Stahlbade kuriert worden ist. Gefährlicher denn jemals ballt sich heute trotz Abrüstungskonferenzen und Friedensbeteuerungen imperialistischer Konflikstoff zu erneuten Kriegsgefahren zusammen. Der Wettkampf um die Absatzmärkte ist stärker denn je und zeigt sich bei den Konferenzen der internationalen Staatsmänner sehr klar.

Die neue Militärdiktatur in Deutschland wird nicht geeignet sein, diese Gefahr zu verringern. Schon spricht das Ausland dieses sehr offen aus, wenn es schreibt, in Deutschland regiert die Armee, und damit die deutsche Vorkriegspolitik, die Macht des Reichskommissars ist größer denn die des früheren Kaisers, die Regierung ist die Gefangene der Nationalsozialisten. Das, was dieselbe jetzt getan, hat die Gefahr des politischen Chaos heraufbeschworen. Machtergreifung des Faschismus bedeutet erhöhte ständige Kriegsgefahr. Die Wehrpflicht ist beseitigt, aber die Pläne des Arbeitsdienstes, wie sie der Faschismus aufrollt, zeigt in aller Deutlichkeit den Weg der Heranbildung der deutschen Jugend zum Kanonenfutter. Die stolze Internationale der Arbeiterklasse hat elendig versagt, ihre Führer reichten sich in die imperialistische Kriegsfront ein. Damit leiteten sie eine Epoche der arbeiterverräterischen Handlungen, die von 1914 bis auf den heutigen Tag nicht aufgehört haben, ein. Heute stehen sie stärker denn je auf dem Standpunkt der Wiederholung des 1. August 1914. Diesen reformistischen Führern vertrauen, heißt den imperialistischen Krieg bejahen.

Auf diesem Erdenball ist Brot und Raum für alle Menschen, wenn kapitalistische Ausbeutungsgier beseitigt wird. Daher hat das Proletariat aller Länder gegen das kapitalistische Ausbeutertum und seine Stützen, welche sich im Reformismus und Faschismus am stärksten verkörpern, bis zu dessen Niederringung den schärfsten Kampf zu führen, um damit zugleich die imperialistische Kriegsgefahr zu vernichten.

Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.

Karl Marx.

retten als formalen Bestimmungen gerecht zu werden. Was soll es bedeuten, wenn ein nationaler Minister eine nationale Partei ebenso bewerte wie die russischen Fremdenlegionäre auf deutschem Boden?“

Frank II: „Wir schreien es gen Himmel, daß wir mit diesem Mordterror ein Ende machen wollen. Wir werden nicht mehr einen einzigen Tag warten. Wenn die Regierung nicht imstande ist, binnen 24 Stunden in Deutschland die Ordnung zu garantieren, werden wir zur Selbsthilfe greifen. Die Welt soll es hören und unsere innenpolitischen Gegner, daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht gewillt ist, sich von den Fremdenlegionären Moskaus niederschlagen zu lassen. Wenn Thälmann heute in einer Kundgebung noch sprechen kann, dann soll er wissen, daß er und die seinen in einem kommenden deutschen Reich nicht mehr die Möglichkeit haben werden, den anständigen Teil des deutschen Volkes wie Verbrecher zu behandeln.“

Bisher hat die Bewegung dreihundert Tote gehat und man wird sie in einer Form rächen, daß man noch nach tausend Jahren davon sprechen wird.“

Straßer: „Ich warne die Regierung eindringlich, den kommunistischen Terror auf deutschem Boden zu dulden. Es kann sich nur noch um Tage handeln bis der Bogen überspannt ist. Wenn die Regierung nicht handeln kann oder will, so wird die nationalsozialistische Bewegung die deutsche Straße selbst säubern!“

Hitler in Hamburg und Bremen: „Man begegne den Nationalsozialisten mit Terror und rechte auf ihre Disziplin, er aber sage den Gegnern: „Wenn wir einst mit euch abrechnen, dann sei euch der Himmel gnädig.“ In kurzer Zeit werde vielleicht schon das Regiment Papens als ein selten mildes gegenüber dem betrachtet werden, was man an den Nationalsozialisten haben werde.“

Daß diese Bedrohungen äußerst ernst gemeint sind, geht aus einem Geheimbefehl des Osaf-Stellvertreters der Nordmark an die SA. hervor, in dem es heißt: „Die täglichen Mordtaten an SA.- und SS.-Kameraden lassen darauf schließen, daß sowjetrussische Provokateure in Deutschland sind, um die Massen aufzuhetzen. In nächster Zeit wird unser Führer mit Aufhebung des Verbotes des Waffentragens diesen Mordbanditen antworten.“

Ich habe im Bereich der Gruppe Nord nichts dagegen einzuwenden, wenn die Unterführer von jetzt ab nicht mehr die SA.-Leute untersuchen, sondern im Gegenteil den SA.-Männern zu verstehen geben, daß sie sich mit den gleichen Waffen wehren, womit sie angegriffen werden. gez. Schöne, Oberführer.

Würden kommunistische oder linksgerichtete Redner in so offener Form zur Verletzung der Gesetze und zum Terror gegen Andersdenkende auffordern, sie würden sofort ins Zuchthaus wandern. — Hier haben wir einen treffenden Beweis der Gleichheit vor dem Gesetz. Wo bleibt hier die Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik? Die Goebbels, Straßer und Göring haben nichts zu fürchten, wissen sie doch, daß sie die Auftraggeber derjenigen sind, die die eigentlichen Machthaber Deutschlands bilden, daß die Schwerindustrie, Schlotbarone und Krautjunker dieser Nazi-Armee nicht zu ihrem Vergnügen ausgehalten und großgezüchtet haben, sondern daß diese die Vollstrecker ihrer Ausbeutungspläne am Proletariat sind. Wir haben in Deutschland den offenen Bürgerkrieg. Während die Hitler-Garden täglich Andersdenkende niederknellen können, werden die Angegriffenen, die es wagen, sich zur Wehr zu setzen, mit Gummiknüppeln belehrt, daß in der deutschen Republik nur eine Seite — und zwar die Verkünder des sogenannten Dritten Reiches — Andersdenkende niederknellen dürfen und jeder, der nicht Heil Hitler brüllt, vogelfrei ist.

So weit sind wir in Deutschland trotz Millionen gewerkschaftlich Organisierter, trotz einer starken sozialdemokratischen Partei, trotz einer kommunistischen Partei, die fünf Millionen Wähler ihre Stimme gaben. So weit konnte es kommen, weil man diese Millionen nicht zur einheitlichen Abwehr formierte, sondern es bis auf den heutigen Tag für das Notwendigere hielt, sich gegenseitig zu zermürben.

Die Stunde ist da, wo es gilt, zu erkennen, daß Partei- und Organisationsschranken in diesem Kampfe beiseitegestellt werden müssen, wo die Arbeiterklasse zur einheitlichen Abwehr sich die Hände reichen muß, wenn der Gegner uns nicht in die furchtbarste Barbarei zurückschlagen soll. — Von den Führern der Parteien und der von diesen abhängigen Gewerkschaften noch etwas zu erhoffen, wäre Illusion. Sie sprechen von Einheit, um damit ihre Parteisuppe zu kochen oder ein Wahlmanöver zu entfalten. Falsch ist auch, sich auf den Ausgang der Wahl zu verlassen wie es der ADGB. tut wenn er sagt: „Es ist müßig, schon jetzt Erwägungen anzustellen, was nach dem 31. Juli wird. Die Proletarier müssen gerade durch die Verhältnisse der letzten Tage erkennen, daß nicht das Parlament, nicht die Stärke dieser oder jener Partei, sondern die Stärke der proletarischen Einheitsfront, nur den Faschismus niederringen kann. Zwar haben sich die Arbeiter vielerorts schon spontan, unbekümmert darum, ob es den Führern der Parteien in den Kram paßt, zusammengeschlossen zur Abwehrfront. Dieser Zusammenschluß darf jedoch nicht lokalisiert bleiben, er muß verbreitert werden, muß zur spontanen Zusammenballung aller Proletarier, welche im Faschismus ihren Todfeind er-

Mitglieder, urteilt selbst!

Unser Aufruf in Nr. 13 des BRIV unter der Überschrift „Bereit zum gemeinsamen Abwehrkampf“, der am 23. Juni abgelehnt wurde, ist zwar reichlich spät, aber doch noch beantwortet worden.

Damit die Mitglieder nun selbst beurteilen können, wo der Wille zur Einheitsfront unter den augenblicklichen so ersten Verhältnissen vorhanden ist, geben wir sowohl den Aufruf unsererseits als auch die Antwort der Kommunistischen Partei wortgetreu wieder:

Aufruf des Bundesbeirates!

In einer Zeit, wo brutalste Reaktion und faschistische Willkür sich anschickt die gesamte Arbeiterbewegung zu unterjochen, ist die Notwendigkeit der einheitlichen Abwehr eine Lebensfrage der Arbeiterklasse insgesamt. Daher haben alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen trotz der bestehenden politischen sowie gewerkschaftlichen Gegensätze den Kampf gegen den gemeinsamen Feind aufzunehmen.

Nur wenn das Proletariat ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit einheitlich zur Abwehr bereit ist, wird der Faschismus zu schlagen sein!

Dieser Kampf ist ein politischer Entscheidungskampf für das Proletariat. Daher haben die politischen Parteien, in denen das Proletariat verankert ist, in diesem Kampfe Wegweiser zu sein der gesamten Arbeiterklasse! Vorbedingung zur Sammlung aller politischen Kräfte, die gewillt sind, in diesem Kampfe ihren Mann zu stehen, ist die Zurückstellung aller politischen und gewerkschaftlichen Gegensätze und Einstellung gegenseitiger Bekämpfung in Wort und Schrift.

Die im Bund revolutionärer Industrie-Verbände zusammengeschlossenen Organisationen sind bei Anerkennung und strikter Wahrung ihrer vollkommenen Selbständigkeit bereit, gemeinsam diesen Kampf gegen Faschismus und Reaktion zu führen.

Hinweg mit dem Bruderkampf!

Für den vereinten Klassenkampf!

Berlin, den 22. Juni 1932.

Wir ersuchen Euch, falls Ihr gewillt seid, auf dieser Grundlage gemeinsamen Kampfes gegen Reaktion und Faschismus in Verhandlungen zu treten, um diesbezüglichen Bescheid.

Der Beirat des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände.

Die Antwort darauf lautet:

Werte Kollegen!

Ihr sendet uns im Schreiben vom 23. Juni Bedingungen zum Kampf gegen den Faschismus. Wir sind überzeugt, daß die Mitglieder des Industrie-Verbandes angenommen hatten, daß, wenn Ihr Euch für einheitliche Abwehr einsetzt, auch eindeutig erklärt, welche Kampfmaßnahmen Ihr durchführen wollt. Aber in Eurem Schreiben ist weder etwas gesagt über den Massenselbstschutz noch über die Wahl von Einheitsausschüssen, noch über die Vorbereitung des Massenstreiks oder ähnliche Kampfmaßnahmen. Ihr sagt in Eurem Schreiben, „nur wenn das Proletariat ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit einheitlich zur Abwehr bereit ist, wird der Faschismus zu schlagen sein.“ Nach unserer Meinung kommt es jetzt nicht darauf an, Erklärungen abzugeben, daß man bereit ist, sondern es ist jetzt notwendig, unmittelbar den Kampf zu führen. Statt die Kampfmaßnahmen gegen den Faschismus zu stellen, stellt Ihr Vorbedingungen an die Kommunistische Partei. Ihr verlangt — ähnlich wie die Sozialdemokratie — Zurückstellung aller politischen und gewerkschaftlichen Gegensätze und Einstellung gegenseitiger Bekämpfung in Wort und Schrift. Während Ihr kein Wort sagt über die Kampfmaßnahmen gegen den Faschismus, fordert Ihr unter der Maske der Einheit die Unterstützung Eurer Ausschlußpolitik revolutionärer Arbeiter aus dem Industrie-Verband. Wir sagen Euch ganz klar, wer in dieser Situation revolutionäre Arbeiter aus dem Industrie-Verband ausschließt, wie das vom Bund revolutionärer Industrie-Verbände geschah, der ist ein Gegner der Einheitsfront der Arbeiter. Eure Ausschlußpolitik ist ein Dolchstoß gegen die Einheitsfront. Wir überlassen es den Bauarbeitern, selbst ein Urteil darüber abzugeben, daß diejenigen, die gegen den Willen der Mitglieder revolutionärer Arbeiter aus der Organisation ausschließen, zur gleichen Zeit Reden halten gegen den Bruderkampf. Gestattet uns noch ein Wort zu Eurer Stellungnahme zu den politischen Parteien. — Ihr sagt, dieser Kampf ist ein politischer Entscheidungskampf für das Proletariat, daher haben die politischen Parteien, in denen das Proletariat verankert ist, in diesem Kampfe Wegweiser zu sein der gesamten Arbeiterklasse. Ihr vertretet damit die Auffassung, daß die SPD. und die SAP. die Aufgabe hätten, Wegweiser der Arbeiterklasse zu sein. Im Gegensatz zu Eurer Meinung sind offensichtlich die Massen der Mitglieder des Industrie-Verbandes der Meinung, daß nur die Kommunistische Partei den Kampf der Arbeiterklasse zum Siege führen kann, während die Sozialdemokratie und die SAP. nach wie vor das Haupthindernis im Kampf der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Kapitalsdiktatur sind. Wir appellieren an alle Mitglieder des Industrie-Verbandes im Interesse der Herstellung

blicken, führen. In der gegenwärtigen Stunde der Entscheidung für das deutsche Proletariat wäre es die heiligste Pflicht der Führer der proletarischen Parteien, alles Trennende beiseite zu schieben für das große Ziel, die gemeinsame Klassenfront. Die Führer, die diese Pflicht verletzen, haben zu verschwinden und muß die Arbeiterklasse sich über diese hinweg formieren zu einer gewaltigen antifaschistischen Kampffront. Die Führer und Funktionäre, die es wagen, in der gegenwärtigen Stunde die Zerschlagung von proletarischen Organisationen zu predigen, die die Einheitsfront nur durch Unterordnung unter ihr Diktat schaffen wollen, begehen ein Verbrechen am Proletariat und sind wert, daß sie durch die Empörung der Massen hinweggefegt werden.

Die Zeit drängt, täglich fallen Opfer! Darum hinweg mit Parteidoktrin und gegenseitigen Bruderkampf.

Proletariat, formiere Dich zur unüberwindlichen proletarischen Abwehrfront.

der Roten Einheitsfront gegen die reformistische Politik des Bundesbeirates und gegen seine Ausschlußpolitik Schulter an Schulter den Kampf zu führen. Wir sind überzeugt, daß die Mitglieder des Industrie-Verbandes gegen den Willen der Mehrheit des Bundesbeirates im Kampf gegen den Faschismus im Massenselbstschutz wie im Massenstreik ihre revolutionäre Pflicht erfüllen und in der Tat gegen die reformistischen Verwirrungsversuche des Bundesbeirates die kämpfende Einheitsfront des Proletariats mitherstellen.

Mit revolutionärem Gruß

Die Bezirksleitung der KPD, Berlin-Brandenburg, Lausitz, Grenzmark, gez. Ulbricht.

In Anbetracht des Ernstes der Stunde, wo jede Auseinandersetzung zur Herstellung der proletarischen Einheit nur schädlich wirkt, sehen wir von einer Klarstellung dieses Schreibens ab, behalten uns jedoch vor, im geeigneten Moment darauf zurückzukommen.

So sieht der freiwillige Arbeitsdienst aus! — Netze Aussichten

Am 4. Juli sprach in der Bockbrauerei, Berlin, der nationalsozialistische Bürgermeister Schwede von Koburg über den von der Stadtratsmehrheit in Koburg eingerichteten freiwilligen Arbeitsdienst.

Diese Ausführungen sind nicht Zukunftsbilder sondern werden schon jetzt dort in diesem Sinne durchgeführt, sie lauten:

„Wir wollen die Jugendlichen aber nicht nur arbeiten lassen, sondern sie auch an Zucht und Ordnung gewöhnen. Daher geht es mit militärischer Zucht und Ordnung zu. Gearbeitet wird in Trupps, wie überhaupt alles immer in geschlossenen Abteilungen ausgeführt wird. Urlaub wird auf Antrag gegeben, ausnahmsweise sogar bis zum Wecken. Urlaubsüberschreitung einmal: Verweis; zweimal: Entzug des Urlaubs auf bestimmte Zeit bzw. Verbot, ein gewisses Gebiet um das Lager herum zu überschreiten; dreimal: Entfernung aus dem Lager.“

Am Eingang zum Lager ist eine Wachstube, in der bei Rückkehr der Urlaubsschein abgegeben werden muß. Für die Stunde bekommt der Arbeitsdiensttunende 61 Pf., die aber nicht ausgezahlt werden, sondern nur täglich 30 Pf. Der Rest wird ihm auf ein Sparkassenbuch gutgeschrieben. Braucht er Kleidung, muß der Lagerführer einen Bedarfschein nach gründlicher Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung ausstellen, mit dem der Käufer in ein vertragsmäßig verpflichtetes Geschäft geht und gegen Abgabe des Scheines kauft. Die Firma hat den Schein mit Rechnung an die Stadtverwaltung einzureichen, worauf der Betrag von dem Sparkassenguthaben des Käufers abgebucht wird. Jüdische Geschäfte sind natürlich von der Belieferung ausgeschlossen. Für die Verpflegung wird täglich jedem Arbeiter 1,25 RM abgezogen, so daß er etwa wöchentlich 5 bis 6 RM gutgeschrieben erhält. Parade findet alle vier Wochen statt. Zu dem gemeinsamen Kirchgang, der alle 14 Tage stattfindet, wird ebenfalls geschlossen marschiert. Wir werden weiter so fortfahren, in der Gewißheit, daß vieles von dem, was wir bereits praktisch durchgeführt haben, in gesetzlicher Form bald allgemein eingeführt wird, dann aber nicht als freiwillige, sondern als allgemein verbindliche Arbeitsdienstpflicht.“

Eindeutiger kann die Militarisierung der Arbeiter bei den nationalsozialistischen Dienstpflichtplänen wohl nicht zum Ausdruck kommen.

Inzwischen ist die Verordnung über den erweiterten freiwilligen Arbeitsdienst veröffentlicht worden. Ein Reichskommissar — Dr. Syrup — ist hierfür ernannt. Vierzig Wochen werden die Freiwilligen jeweils beschäftigt werden, dann kommen andere. Durchschnittlich sollen 200 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden. Für die Führer, die im Winter in Führerlagern ausgebildet werden, soll die Zeit über 40 Wochen hinaus verlängert werden.

Herr Schwede führte weiter aus, er werde mit den Führern der Verbände, die die Träger der Arbeit sind, in engster Fühlung bleiben, um der Reichsregierung das gewünschte Gutachten zu erstatten, ob die Einführung der Zwangsarbeitsdienstpflicht geboten sei, d. h. daß wir damit zu rechnen haben, daß sehr bald der freiwillige Arbeitsdienst in den Zwangsarbeitsdienst und weiter in die Wehrpflicht hineinbugsiert wird, wie der Oberst a. D. Hierl, der Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht offen ausgesprochen hat: „Wir müssen wieder zur allgemeinen Wehrpflicht kommen. Der Arbeitsdienst stellt nur eine Zwischenstufe hierzu dar.“

Jetzt weiß die proletarische Jugend, wozu sie gebraucht werden soll.

Arbeitslosen-Fahrräder unpfändbar

Das Landgericht III hat dieser Tage eine außerordentlich wichtige Entscheidung gefällt.

Einem Arbeitslosen war das Fahrrad gepfändet worden. Er hatte dagegen Einspruch erhoben und das Gericht gab das Fahrrad frei. In der Begründung des Urteils heißt es:

„Der Kläger hat das Fahrrad unstreitig bis zum Verlust seiner Stellung als technischer Angestellter bei der Firma Siemens bei der Fahrt zu der damaligen Arbeitsstelle regelmäßig benutzt. Wenn die Gerichte bisher davon ausgegangen sind, daß Fahrräder in der Großstadt nicht als allgemein übliche Verkehrsmittel angesehen werden können und deshalb dem Pfändungsschutz nicht unterliegen, so muß auf Grund der inzwischen eingetretenen Veränderung der Verhältnisse dieser Standpunkt geändert werden. Die Benutzung von Fahrrädern hat im Laufe der letzten Jahre gerade in den werktätigen Bevölkerungskreisen derart zugenommen, daß ein Fahrrad als übliches Verkehrsmittel zur Erreichung der Arbeitsstätte anzusehen ist. Die Sachlage wird dadurch nicht verändert, daß der Kläger inzwischen seine Stellung verloren hat, denn bei der dadurch eingetretenen Erwerbslosigkeit handelt es sich nur um einen vorübergehenden Zustand und ist der Schuldner ständig bemüht, sich eine gleiche oder ähnliche Stellung zu beschaffen, so daß er das Fahrrad voraussichtlich wieder brauchen wird.“

Es ist ihm daher das Fahrrad unter Abänderung der angefochtenen Entscheidung zu belassen.“

Sie können auch anders

Als im Jahre 1925 die Rationalisierung einsetzte, waren es die Führer des ADGB, die, nachdem sie eine Studienreise durch Amerika gemacht hatten, die Rationalisierung verherrlichten, insbesondere ihr Lob über die Fordschen Automobilbetriebe aussprachen. Jetzt auf einmal versuchen sie diesen Betrieb in Grund und Boden zu stampfen. — Wir entnehmen der reformistischen „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“ vom 8. Juli 1932 folgenden Artikel:

„Ford, der Nationalheld.“

Wieder einmal wird Henry Ford in der amerikanischen Presse als Nationalheld gefeiert. Das Lob gilt jetzt seiner Ankündigung, zwei neue Automobile herauszubringen, die er zum Selbstkostenpreis abgeben will.

Wie sehr diese Lobhymnen verdient sind, darüber gibt uns ein amerikanischer Bericht der „Wiener Arbeiterzeitung“ einige aufschlußreiche Auskünfte:

Zur Herstellung der Wagen, die jetzt in den Verkehr gelangen sollen, sollten nach Ankündigungen Fords im Jahre 1929 30 000 Arbeiter neu eingestellt werden. Auf Grund dessen wanderten tausende Arbeitsloser nach Detroit und standen nächtelang bei bitterer Kälte vor den Toren Schlange. Eingestellt wurden nur einige hundert, die anderen wurden von der Polizei mit Tränengas vertrieben.

Im nächsten Jahr stürmten zehntausend Arbeitslose in ihrer Erbitterung das Werk. Auch dieser Ausbruch der Erbitterung wurde von der Polizei unterdrückt.

In diesem Frühjahr kam es vor den Toren der Werke zu einem Gemetzel, dem 7 Menschen zum Opfer fielen.

Der billige Wagen jedoch, der jetzt auf den Markt kommen soll, kostet nach genauen Angaben von Ford-Arbeitern jeden Tag ein Menschenleben. Das mörderische Tempo der Arbeit und die Entfernung der Sicherheitsvorrichtungen von den Maschinen töten durchschnittlich jeden Tag einen Arbeiter. Während vor zwei Jahren ein Arbeiter zwei Triebäder zu bedienen hatte, sind es heute zwölf, ohne daß irgendwelche Erleichterungen oder Vereinfachungen in der Handhabung zu verzeichnen sind.

Unfälle werden gewöhnlich nicht entschädigt. Dem Verunglückten wird, wenn er wieder hergestellt ist, eine andere Arbeit zugewiesen. Nach einiger Zeit folgt die Entlassung, da er infolge seiner Verwundung nicht mehr genügend leisten kann.

Ein offener und geheimer Ueberwachungsdienst sorgt dafür, daß das Hetztempo in grausamster Weise durchgeführt wird. — Die Bluthunde Fords werden die Angehörigen des Ueberwachungsdienstes genannt, die als gewöhnliche Arbeiter im Werk allüberall verstreut die Arbeiter bespitzeln und denunzieren.“

So der Bericht. — Damals hieß es von den Führern der freien Gewerkschaften: „Die Rationalisierung wird zur Gesundung der Wirtschaft beitragen. Nehmen wir uns deshalb Amerika zum Vorbild.“ Heute, wo auch dort mehr denn zehn Millionen Erwerbslose nach Arbeit und Brot schreien, haben die Führer des ADGB ihr damaliges Loblied auf die Rationalisierung wieder in den Tischkasten gelegt. Sie haben jetzt andere Märcen zu erzählen, um die Massen zu täuschen. Daraus sollten die Arbeiter lernen den Wert ihrer Worte zu schätzen und dementsprechend handeln.

Vor dem Gesetz sind alle gleich (!)

Gemäß §§ 112 des Gesetzes über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung können Arbeitslose bis zu 20 Prozent ihres Unterstützungsbetrages als Gelegenheitsverdienst ohne Anrechnung auf die Unterstützung verdienen. Es muß jedoch nach den Ausführungsbestimmungen des Landesarbeitsamtes den betreffenden Arbeitsämtern gemeldet werden. Der Verdienst über 20 Prozent hinaus wird zur Hälfte in Anrechnung gebracht, jedoch darf der Nebenverdienst inkl. der Unterstützung das 1½fache der Unterstützung nicht überschreiten. Meldet nun ein Arbeitsloser dem Arbeitsamt nicht, daß er ein paar Groschen nebenbei verdient hat, so macht er sich des Betruges schuldig und kann neben Entziehung der Unterstützung noch mit einer Geldstrafe oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden.

Weiter heißt es so wunderschön im § 75 a des AVAVG: „geringfügige Beschäftigungen sind versicherungsfrei. Geringfügig ist, wenn vorübergehend nicht mehr als 30 Arbeitsstunden in der Woche oder nicht mehr als 10,— RM pro Woche verdient wird. Folgendes Urteil des hanseatischen Oberlandesgerichtes in Hamburg zeigt jedoch, daß diese Verordnungen auch anders ausgelegt werden können:

Ein Werftbesitzer in Hamburg hatte einem Arbeitslosen, der insgesamt 14,63 RM Arbeitslosenunterstützung bezog, den Antrieb einer Motorjacht übertragen und für diese Arbeit 85,— RM vereinbart. Da diese Arbeit, welche im Freien zu erledigen war, nur an trockenen und frostfreien Tagen stundenweise vor sich gehen konnte, benötigte der Arbeitslose hierzu etwa 7 Wochen, und zwar vom 9. Februar bis zum 29. März. Er verdiente also in 7 Wochen, in denen er vielleicht im ganzen 100 Stunden gearbeitet hatte, diese 85,— RM. Da er dieses nun dem Arbeitsamt nicht gemeldet hatte, wurde er mit Entzug der Unterstützung auf die Dauer eines Jahres bestraft. Der Verlust der Unterstützung auf ein ganzes Jahr bedeutet für ihn einen Verlust von mehreren hundert Mark. Der Arbeitgeber dagegen erhielt dafür, daß er den Arbeiter nicht bei der Krankenkasse angemeldet hatte, eine Geldstrafe von 50,— RM. (Siehe § 75 a des AVAVG.) In der Begründung des Urteils heißt es: „der Arbeitgeber, der einen Erwerbslosen, welcher Unterstützung bezieht, beschäftigt und die Anmeldung zu den sozialen Versicherungen unterläßt, macht sich der Beihilfe zum Betrug schuldig.“

Wenn der Gesetzgeber hier mit gleichem Maße messen würde, so müßte er wohl feststellen, daß der Betrug auf beiden Seiten war, nur mit dem Unterschied, daß der Arbeitgeber sich des Betruges schuldig machte, indem er dem Arbeitslosen diese Arbeit nur deshalb gab, damit er durch Nichtabführen der sozialen Lasten diese Arbeit für weniger Geld geleistet bekam und dadurch seinen Profit erhöhte, während der arme Teufel von Arbeitslose, durch seine trostlose Lage gezwungen, seine Arbeitskraft deshalb verkaufte, weil er mit 14,63 RM seine Familie nicht ernähren und seinen sonstigen Verpflichtungen an Miete und Kleidung nicht gerecht werden konnte.

Wenn nach dem Gesetz dieses als Betrug ausgelegt wurde, dann müßte, da doch vor dem Gesetz alle gleich sind, auch dementsprechend geurteilt werden. Dieses Urteil ist daher als ein guter Anschauungsunterricht zu bewerten.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 3110

Löhnung

Die Ereignisse des 20. Juli sind von epochaler Bedeutung. An diesem Tage fand die 1918 ihren Anfang genommene Ära der „Demokratischen Republik von Weimar“ ihr Ende. Mit rauher Hand und ohne jede Verschleierung hat die Regierung Papen-Schleicher gezeigt, was es mit der sogenannten bürgerlichen Demokratie auf sich hat, einer Demokratie, die dem Menschen volle Freiheit seines Handelns und Denkens verspricht; vorausgesetzt, daß nicht die „bestehende“ Ordnung durch in Gefahr gerät. Erkennt man schon an dieser Voraussetzung, wie wenig wirkliche Freiheit die bürgerliche Demokratie enthält, so wird auch diese wenige Freiheit noch eiseite geräumt, wenn sie der herrschenden Schicht der Bourgeoisie zu unbequem und lästig wird. Daß aber diese Beiseiteschiebung so ganz ohne jede Schwierigkeit vor sich gehen konnte, das hätte, nach den Versicherungen der Hüter der bürgerlichen Demokratie, der deutschen Sozialdemokratischen Partei, zu urteilen, wohl niemand geglaubt. Man rekapituliere:

Absetzung der nach der Weimarer Verfassung zu recht amtierenden preußischen Regierung, Absetzung und Verhaftung des Berliner Polizeipräsidenten sowie zwei weiterer hoher Polizeifunktionäre. Uebertragung der Exekutivgewalt an die von der Reichsregierung eingesetzten Vertrauensleute. Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin-Brandenburg. Und das alles konnte geschehen, obwohl hinter der abgesetzten preußischen Regierung und ihren Beamten Organisationen von ungeheurer Größe und Machtfülle stehen. Da ist zunächst, wie schon gesagt, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, deren Vertrauensleute in erster Linie dem Vorgehen der Reichsregierung zum Opfer fielen. Ebenso steht der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), gemäß seiner Struktur, diametral den Zielen der hinter der Schleicher-Regierung stehenden Kreise gegenüber. Beide, SPD. und ADGB., vereinigen in sich ungefähr 7 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, die, da sie zumeist in tätiger Stelle sich befinden, einen Machtfaktor ersten Ranges darstellen. Und trotzdem Durchführung der von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen ohne besondere Schwierigkeiten. Das ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokraten, daß es so weit kommen konnte, und der Fußtritt, den damit die bisher der Bourgeoisie dienende SPD. erhalten hat, ist der Lohn für ihre in den letzten 14 Jahren geleistete Arbeit.

Die Sozialdemokratische Partei hat seit ihrer Gründung immer wieder versichert, sie werde, getreu den Grundsätzen Marx' und Engels, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Besserstellung der Arbeiterschaft erstreben. Doch die einstigen Rufer im Streite um eine gerechte Gesellschaftsordnung, die Kautsky, Bernstein usw., bogen im Laufe der Zeit die Lehre Marx' und Engels mehr und mehr ab und versuchten zu beweisen, daß das Proletariat ohne besondere Gewaltanstrengung bessere Zustände erreichen werde. Es wurde die Theorie vom friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus erfunden und so Millionen Arbeiter vom wirklichen Kampf um eine tatsächliche Besserstellung abgehalten. Hat die Sozialdemokratie schon bei Beginn und während des Krieges durch ihre Haltung bewiesen, daß sie auf die Durchführung sozialistischer Ziele verzichtet, wenn das „Interesse des Vaterlandes“ es erheischt, so hat sie erst recht in den Jahren nach dem Kriege bewiesen, daß es ihr nicht darauf ankommt, selbst wenn sie es könnte, die Ideale Marx' in die Tat umzusetzen. Und die Möglichkeit zur Verwirklichung des Sozialismus war gegeben. Doch diese Möglichkeit übersah die führende Schicht der SPD., oder wollte sie übersehen. Das überaus schnelle Emporwachsen der Sozialdemokratie, die gesellschaftliche Gleichstellung ihrer Führerkaste und die derselben eingeräumten Machtstellungen seitens der Bourgeoisie, die unter dem Druck der Verhältnisse dazu gezwungen war, solche Zugeständnisse zu machen, wollte sie nicht alles verlieren, erweckte und nährte in der SPD. die Illusion der friedlichen Entwicklung. Und mit der Uebernahme von Staatsstellungen und Aemtern wuchs das bei den SPD.-Führern schon immer vorhanden gewesene Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem „Staate“. So gerieten die einstigen Arbeiterführer, für welche die Frage des Klassenkampfes durch ihre gesicherten Positionen erledigt war, in Widerspruch zu ihren früheren Anschauungen. Stellung verpflichtet. Geschenke auch. Beides hatte die SPD. von der Bourgeoisie erhalten, die dafür von ihren Schuldners einseitiges Verhalten erwarteten. Worin sich die Bourgeoisie auch nicht verrechnet hatte. Die 1918 der Arbeiterschaft zugefallenen und zwangsweise zugestandenen „Errungenschaften“ wurden durch die Politik der SPD. Schritt für Schritt preisgegeben, bis die Erstarkung der 1918 in die Mauselöcher gekrochenen Reaktion derartigen Umfang angenommen hatte, daß sie es wagen konnte, solche Dinge zu unternehmen, wie sie am 20. Juli passierten. Obwohl die Macht in den Händen, hatte die Sozialdemokratie und der ADGB. es zugelassen, daß die Löhne der Arbeiterschaft seit 1928 ununterbrochen gesenkt wurden. Trotz der in den Händen der Sozialdemokratie sich befindlichen Staatsmaschinerie, trotz der Stärke des ADGB., dessen Mitgliederzahlen in die Millionen gingen, haben die Vertreter der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter den Unternehmern Zugeständnisse auf Zugeständnisse gemacht. Bekanntlich kommt aber beim Essen der Appetit. Den bekamen auch die Kapitalisten, als sie sahen, daß die SPD. und der ADGB. den an sie gestellten Forderungen immer wieder nachgaben. Zuletzt nahmen die von den Unternehmern gestellten Forderungen Formen an, deren Erfüllung die SPD. in äußersten Zwiespalt zu ihren Mitgliedern brachte. Jeder Brunnen erschöpft sich einmal. Durch die dauernde Verschlechterung ihrer Lebenslage waren die so ungeheuer gedulden Mitglieder der SPD. und der freien Gewerkschaften in Harnisch gekommen und drohten, ihren bisherigen Führern die Gefolgschaft zu versagen, wenn die Führerschaft den seit langer Zeit beschrittenen Weg des kleineren Übels, der Preisgabe der Positionen der Arbeiter, nicht aufbehe. Es entstand eine Krise innerhalb der Reihen der SPD., die anfangs zwar versteckt, später immer offener Platz griff und die Autorität der Führer zu unterhöhlen drohte. Um dies zu verhindern, ersuchte die SPD. die Bourgeoisie um Mäßigung ihrer Forderungen. Dazu erklärten sich aber die Kapitalisten nicht bereit, weil inzwischen, eben infolge der Haltung der SPD., die zwar den Arbeitern ihre Vorrechte rauben ließ, aber den von den Kapitalisten ausgehaltenen Organisationen kein Haar krümmte, die Macht der Kapitalisten so gewachsen war, daß

sie auf die fernere Hilfe der SPD. und der ADGB.-Führer verzichten und ohne deren Hilfe die verschärfte Anspornung der Massen vornehmen konnte. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, deshalb ist er gegangen worden. Es ist das der verdiente Lohn, den die Severing und Grzesinski erhalten und kein Regen wäscht ihnen die Schuld ab, die sie an den Arbeitern begangen haben und deren Folgen jetzt auch die Urheber zu spüren bekommen. Das Schlimme dabei ist nur, daß die Arbeiterschaft es ist, die am meisten unter den eingetretenen Zuständen zu leiden hat und die auch letzten Endes mit riesigen Opfern eine Aenderung derselben herbeizuführen gezwungen ist, soll der Untergang in Barbarei nicht Tatsache werden.

Es gibt einen Ausweg

So ernst auch die Dinge liegen und so schwarz sie auch von manchem beurteilt werden, muß man doch sagen, daß durchaus kein Grund für die Arbeiter vorhanden ist, an der kommenden Umgestaltung zu zweifeln. Zwar hat, dem Augenschein nach, augenblicklich die schwärzeste Reaktion die Oberhand. Ueberall ist die Arbeiterschaft zurückgedrängt, sind ihr ihre minimalsten Rechte beschnitten oder geraubt worden. Gefängnisse und Zuchthäuser sind überfüllt und die Willkür beherrscht das Land. Aber, und das muß betont werden, nur solange, als die Arbeiterschaft in getrennten Lagern verharrt, sich wegen irgendwelchen strittigen Punkten in dieser oder jener Frage nicht zusammenfinden kann. Dieses Zusammenfinden aber muß geschehen. Nicht um den Preis der Aufgabe der den einzelnen Organisationen innewohnenden Gedankengänge, was der Auflösung der Organisationen gleichkäme, sondern bei voller gegenseitiger Anerkennung der Selbständigkeit der Organisationen ist der Zusammenschluß zu erstreben. Alle die Arbeiterorganisationen, die gewillt sind, nicht mehr länger tatenlos zuzusehen, wie das Proletariat geknechtet und gefoltert wird durch die brutalen und blutigen Schergen des Kapitals, müssen sich auf schnellstem Wege zur Einigung zusammenfinden und unter vorläufiger Beiseitstellung alles Trennenden den gemeinsamen Kampf aufnehmen. Nur rein äußerlich sieht es so aus, als ob der Sieg der Konterrevolution endgültig sei. Die Wirklichkeit ist bei weitem anders. Der Riese Proletariat befindet sich noch im Halbschlummer. Ihn ganz zu erwecken, ist unsere Aufgabe. Das Wecksignal ist der Zusammenschluß aller linksgerichteten Organisationen, unter Einbeziehung der KPD. Gerade mit der letzteren muß unter allen Umständen, trotz der vielen bestehenden Hindernisse, eine Verständigung gesucht und gefunden werden. Alle kleinlichen Bedenken müssen über Bord geworfen werden. Heute geht es nicht mehr darum, wer in dieser oder jener Frage recht gehabt hat, heute geht es um die Lebensexistenz aller Arbeiterorganisationen, es geht um die Lebensexistenz der gesamten Arbeiterbewegung. Es kann und darf keine Bedenken mehr geben. Die Zeit der Reden ist vorbei. Es muß gehandelt werden: Vereinigung der Arbeiterorganisationen zur Niederwerfung der Konterrevolution. Wer das nicht begriffen hat oder nicht begreifen will, über den werden die Geschehnisse hinweggehen. Wer als führender Funktionär der Arbeiterbewegung aus kleinlichen Erwägungen heraus den Mut zum Zusammengehen mit anderen Organisationen nicht findet, der ist zu entfernen von seinem Posten. Ein solcher Arbeiterführer, ein solcher Funktionär ist ein Schädling an der gesamten Arbeiterklasse, ein Konterrevolutionär, und muß seiner Machtbefugnisse entkleidet werden. Uns droht ein übermächtiger Feind. Wir brauchen die gesamten Kräfte des Proletariats zur Niederwerfung des Feindes. Wir können siegen und wir werden siegen, wenn wir uns einig sind. Dem geeinten Proletariat vermag keine Reaktion, und sei sie noch so stark, widerstehen. Die Reaktion glaubt, schon gesiegt zu haben. Sie befindet sich in einem Aberglauben. Das Proletariat wird und muß sich zusammenfinden. Alle unsere Kräfte zusammen genommen, erreichen wir das Ziel. Laßt das Signal der Einigkeit ertönen. Setzt die unübersehbaren Kampfkolonnen des Proletariats in Marsch. Entfaltet das Sturmbanner der Revolution und der Spuk der Reaktion wird sich verflüchtigen.

Auf Schleichwegen zur Arbeitsdienstpflicht

Inbetriebnahme stillgelegter Werke durch die Arbeiter.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, wurde in einer Versammlung von mehr als tausend früheren Belegschaftsmitgliedern der stillgelegten Hütte Ruhrort-Meiderich beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft einzusetzen, die, wie schon im Fall der Wenzeslaus-Grube im Neuroder Revier, mit allen Mitteln die Wiederinbetriebnahme der Hütte auf eigene Faust herbeiführen soll.

Diese Meldung, die aus bürgerlichen Quellen stammt, zeigt mit aller Deutlichkeit, wie sehr die Arbeiter bemüht sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften der ungeheuren Arbeitslosigkeit zu Leibe zu gehen und selbst vor den größten Schwierigkeiten nicht zurückschrecken, wenn es gilt, der Krise und ihren Folgen zu entkommen. So sehr jeder Versuch, die Not zu mildern, begrüßt werden muß, ist es doch Pflicht, darauf hinzuweisen, daß bei allen Versuchen darauf geachtet werden muß, daß auch wirklich dem Elend der Arbeiter gesteuert wird. Und das wagen wir in dem vorliegenden Falle zu bezweifeln. Wie die Meldung sagt, soll die stillgelegte Hütte durch die arbeitslos gewordenen früheren Belegschaftsmitglieder wieder in Betrieb genommen werden. Da aber bekanntlich kein Erwerbsloser irgendwie über Kapitalien verfügt, die Inbetriebnahme aber ohne Kapitalien nicht möglich ist, muß doch irgend wer den Geldgeber spielen, mit dessen Hilfe die nötigen Kapitalien beschafft werden können. Wer aber soviel Geld besitzt, daß er solch große Werke, wie die vorgenannte Hütte eines ist, zu finanzieren imstande ist, der ist ein Kapitalist. Und Kapitalisten pflegen nichts umsonst zu tun. Also werden die Arbeiter, die sich an der Inbetriebnahme beteiligen, genau wieder so ausgebeutet werden, wie vorher. Das Recht über die Hütte besitzen immer noch die alten Aktionäre, die in Wirklichkeit den ganzen Dreh, erst Stilllegung, Massentilgung, und nun wieder Inbetriebnahme des Werkes nur unternommen haben, um die vor-

herigen Löhne in der alten Höhe weiter zahlen zu müssen. Damit aber die Arbeiter auf diesen Schwindel besser hereinfallen, wird ihnen weiß gemacht, daß es nur auf sie ankomme, ob der Betrieb läuft oder nicht. Und die Arbeiter scheinen sich in diesem Falle dúpieren zu lassen, wie der Beschluß, mit allen Mitteln die Inbetriebnahme zu versuchen, beweist. Mit allen Mitteln bedeutet, in die richtige Sprache übersetzt, arbeiten bei wenigem Lohn oder — gar keinem. Vielleicht wird eine Küche aufgestellt, und die Arbeiter bekommen „für die erste Zeit, wo noch keine Ueberschüsse vorhanden sind“, wie die Unternehmer dieses famosn Planes sagen werden, statt Lohn ein bißchen Volksküchenessen. Das ist nichts anderes als der Versuch des freiwilligen Arbeitsdienstes, der hier im vorliegenden Falle unternommen wird und der, wenn er die Unternehmer befriedigt, generell in ganz Deutschland eingeführt werden soll. Also, man will nicht bloß in der Landwirtschaft den freiwilligen Arbeitsdienst einführen, sondern auch in der Industrie, und die Metallarbeiter sind die Versuchskarnickel. Wenn alles nach den Wünschen der „maßgebenden“ Kreise geht, wenn sich der freiwillige Arbeitsdienst „bewährt“, dann soll durch eine Gesetzesvorlage (Notverordnung) der Arbeitsdienstzwang eingeführt werden. Bei solchen offensichtlichen Manövern quasseln die „Maßgebenden“ davon, daß gar keine Absicht bestehe, durch die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes die legalen Arbeitsmöglichkeiten und die tariflichen Löhne in irgendeiner Weise anzutasten. Was von diesem Gerede, das auch neuerdings von dem jüngst zum Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes ernannten Syrup wiedergekaut wurde, zu halten ist, ersieht man an dem Beispiel, das die Hütte Ruhrort-Meiderich gibt. Die Metallarbeiter, wie überhaupt alle Industriearbeiter, müssen sehr wachsam sein und alle Versuche, auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes den Arbeitsdienstzwang, verbunden mit ganz enormen Lohnherabsetzungen, einzuführen, zurückweisen. Sollten stillgelegte Betriebe von den Arbeitern „mit allen Mitteln“ in Gang gebracht werden, dann nur in solchen Fällen, wo der Arbeiterschaft das Recht der Betriebskontrolle zugesichert wird. Nur wenn die Produktionskontrolle in den Händen der Arbeiter sich befindet, ist die Gewähr gegeben, daß einigermaßen anständige Verhältnisse im Betriebe eingeführt werden können, und daß die Ausbeutung abgewehrt werden kann.

Abbau der Lehrlingslöhne

Die Berliner Handwerkskammer hat unter dem 26. April die Erziehungsbeihilfe für Lehrlinge nach unten neu geregelt. Sie beträgt nunmehr im 1. Lehrjahre 4 RM, im 2. Lehrjahre 6 RM, im 3. Lehrjahre 8 RM und im 4. Lehrjahre 9 RM pro Woche. Diese Sätze sind als Richtsätze zu betrachten. Soweit durch einen bestehenden Tarifvertrag höhere Löhne als Erziehungsbeihilfen angesetzt sind, sind diese zu bezahlen. Sind sie niedriger, so besteht die Möglichkeit, eine Aufbesserung durchzusetzen; aber immer nur dann, wenn der Tarifvertrag über die Frage eine Klagemöglichkeit offenläßt.

Selbstverständlich ist der Beschluß der Handwerkskammer ein Abbaubeschluß. Die an sich schon kärglichen Lehrlingslöhne, man nennt sie geschmackvoll „Erziehungsbeihilfen“, sind abgebaut worden, um dem Handwerk die nötige Stütze zu geben. Die Gesellenauschüßmitglieder haben in der Handwerkskammer-Vollversammlung gegen diesen Beschluß protestiert, ohne damit natürlich auf die Innungsmeister den geringsten Eindruck zu machen.

Aus dem Dollarlande

Das Amerika von 1932.

Die Dollarhyänen hatten es verstanden, die Arbeiter an dem Betrieb und an der Arbeit zu interessieren, indem sie ihnen die Möglichkeit gaben, Aktien ihres Betriebes zu kaufen. Die Arbeiter erkannten nicht, daß die Unternehmer dieses nur deshalb taten, um sie dadurch von selbst zu immer größerer Arbeitsleistung anzuspornen, weil ja bei höherem Gewinn des Betriebes der Arbeiter mit seiner Aktie gleichfalls neben dem Lohn noch ein paar Dollar Dividende erhielt.

Inzwischen setzten durch die Spekulationen der Börsenhyänen zahllose Bankkrachs ein. Bei dem letzten Bankenkraich verloren eine große Anzahl dieser „Mitaktionäre“ nicht nur ihr Geld, sondern natürlich auch ihre Arbeit und diese „Spekulanten“ standen trotz Sparsens mittellos da! In Baltimore leben heute diese Arbeiter nur vom Betteln. Eine staatliche Unterstützung gibt es da nicht — aber eine Art „freiwillige“ Wohltätigkeitsorganisation, die „Community fund“. Diese sammelt freiwillig Gaben bei den Unternehmern, die Arbeiter der Betriebe werden von den Unternehmern gezwungen, ein Prozent ihres Jahreseinkommens auch für diese „freiwillige“ Sammlung zu geben, will er es nicht, dann ist er im Betriebe überflüssig und seine Entlassung erfolgt alsbald. So geschieht es, daß die Wohltätigkeit auch dort zu 80 Prozent aus dem Gelde der Arbeiter selber besteht. Die Bettel der Kinder in Baltimore „Vater ist arbeitslos, wir hungern!“ nimmt nach den Berichten immer mehr zu. Die Hungerdemonstrationen gehören in B. zur Tagesordnung der amerikanischen Arbeiter.

Aus den Betrieben der Kentucky-Bergwerke wird gemeldet, daß dort der Hunger und das Elend so groß ist, daß die Halbverhungerten „für jeden Lohn arbeiten, um nur nicht zu krepieren“.

Im Staate Oklahoma sind in verschiedenen Staaten in den letzten Monaten über 1000 Erwerbslose vor Hunger gestorben. Im allgemeinen spricht man von einem Massensterben, das unter den Erwerbslosen einsetzt. Die Sterblichkeit unter den Erwerbslosen hat gegenüber dem Normalzustand um über 50 Prozent zugenommen. Tausende müssen, vor allem von den Landarbeitern, im Freien schlafen. Die keine Bleibe habenden Erwerbslosen aber legen sich nicht alle ruhig hin zum Verhungern, sondern ziehen umher, diese schätzt man auf 2 Millionen. In Kalifornien, an der warmen Küste befinden sich allein eine halbe Million Erwerbslose aus den östlichen Staaten, um Schutz gegen den Winter zu suchen. Kilometerlange Zeltlager befinden sich hier, in denen sich die Erwerbslosen aufhalten. Hunderttausende dieser Menschen sollen dadurch vor dem Hungertode bewahrt worden sein, indem zahlreiche Obstfarmer ihnen erlaubten, sich für ihren Bedarf Obst zu pflücken, da das Obst sonst doch verfaulen würde, weil kein Absatz vorhanden ist. Die Badeorte am „Stillen Ozean“ haben nun für erwerbslose Wanderer Eintrittsverbote erlassen, weil sich natürlich die oberen Zehntausend durch das Betteln der ausgebeuteten und hungrigen Menschen gestört fühlen. An den Zugangsstraßen hat man Küchen eingerichtet, wo jeder „Bettler“ ein Essen gratis erhält, wenn er sich verpflichtet umzukehren.

Tausend und aber Tausend sterben in Amerika vor Hunger — das ist das Amerika von 1932.

Wer schuf die Voraussetzung für den Faschismus in Deutschland?

„Adolf Hitler verdankt alles, was er ist, dem 9. November 1918.“ — Das war der Ausspruch des „Vorwärts“ vom 28. Februar 1932.

Damit gibt dieses Auch-Arbeiterblatt zu, daß der Weg zum Faschismus am 9. November 1918 beschränkt wurde, dadurch, daß die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte zu Berlin der Sozialdemokratie die Regierungsgeschäfte überließ. Der Sozialdemokratie, die 4 Jahre lang einen blutigen Burgfrieden mit der Bourgeoisie durchgehalten hatte, die sich noch am Abend vor der Revolution gegen dieselbe wandte, um dann, als die Massen sie trotzdem auslösten, sich an die Spitze zu stellen — nicht um den Willen der Massen, sondern den Willen der gestürzten Machthaber durchzuführen.

Damit hat die Konterrevolution den ersten Schritt getan. Das unerträglich gewordene Elend im Lande selbst, das unerträgliche Morden an der Front schaffte sich nach 4 Jahren in den Massen Luft zum Aufstand, zur Revolution. Die Sozialdemokratie, die keine Revolution und damit auch kein Ende des Völkermordens wollte (Ausspruch Eberts im Magdeburger Prozeß) setzte sich an die Spitze und übernahm die politische Macht. Sie hatte damit die Voraussetzung für die Beschreitung des Weges zum Sozialismus in der Hand, denn wer die politische Macht hat, hat auch die Macht, das Wirtschaftssystem nach seinem Willen zu formulieren, doch die politischen Machthaber von 1918 brüllten wohl an den Litfaßsäulen, die Sozialisierung marschiert, um dann nach kurzer Zeit zu erklären, die Zeit für den Sozialismus sei noch nicht reif; nur Arbeit kann uns retten.

Mit diesem Schlagwort wollten sie die erschütterte kapitalistische Wirtschaft wieder aufbauen. Als die Arbeiter diese Logik nicht begreifen wollten und auf Einlösung der Versprechungen drangen, wurde das System Noske aufgebaut. Es wurden freiwillige Korps gegründet, Studenten und Bourgeoisöhnchen bewaffnet und gegen die rebellierenden Arbeiter losgelassen. Es begann die Zeit der blutigen Unterdrückungen, der weißgardistischen Expeditionen, der standrechtlichen und „auf der Flucht“-Erschießungen.

Der Sozialismus wurde unter den Terrormaßnahmen der militärischen Konterrevolution von einem Sozialdemokraten, mit Namen Noske, zertreten und preisgegeben und damit die Grundlage für die faschistische Reaktion von heute gebildet. Der Diktator des Säbels folgte die Diktatur der sogenannten Demokratie. Von der freiesten Verfassung der Welt blieb nach einem Ausspruch eines Delegierten des Leipziger Parteitages der SPD der Artikel 48 übrig. Derselbe, der sämtliche demokratischen Verfassungsrechte außer Kraft setzt.

Die Theorie der Sozialdemokraten, daß die demokratische Republik die beste Grundlage für die Entwicklung des Sozialismus ist, ging elendiglich zugrunde.

Die politische Macht wurde dem Bürgertum ausgeliefert. Immer mehr wurde auf die vollständige Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, unter Unterdrückung des Proletariats, hingearbeitet. Es gab zehnpromzentige Lohnsteuerabzüge für die Arbeiter, auf der anderen Seite Millionengeschenke für Industrie und Landwirtschaft, für abgetakelte Prinzen und Generäle.

Durch ein Republik-Schutzgesetz wurde neben den Generälen nun den Juristen der Schutz der Republik anvertraut, die damit Tausende von Arbeitern den Gefängnissen überlieferten.

Mit Einverständnis der sozialdemokratischen Minister wurde nun auch die Demokratie preisgegeben.

Was weiter folgte, ist noch in frischer Erinnerung: „Lieber hundertmal mit Groener als einmal mit den Kommunisten.“ Panzerkreuzer A und B, Konkordatsabschlüsse mit den Kirchen mit beträchtlichen finanziellen Zuweisungen und Auslieferung der Schule an den Klerus. Ueber Ost- und Westhilfen, Subventionen an Industrie, Landwirtschaft und Banken, Hochverratsprozesse, Verbot von Zeitungen und Büchern, Severings Schlichtungsdiktat in Nord-West-Deutschland und Zörgiebls Attacken gegen Maifeiernde, — Millionen für Fürsten und Ministerpensionen, Brotwucher und Getreidebewirtschaftung durch den Sozialdemokraten Dr. Baade, ging der Weg zur Macht, zur Reaktion, von Notverordnung zu Notverordnung.

Lausanne

Am 9. Juli vormittags wurde der Pakt über die Reparationsfrage in Lausanne unterzeichnet. Nach 24tägiger Verhandlung konnte eine Einigung unter den imperialistischen Mächten erzielt werden. Diese Einigung, die sich in einem Kompromiß äußert, widerspiegelt die ganze Größe und Tiefe der Wirtschaftskrise, von der die kapitalistische Welt ergriffen ist. Die deutsche Delegation, toleriert von den Nazis, hat die gleiche Außenpolitik fortgesetzt, die vom Brüning-Kabinetts getrieben wurde. Frankreich hat auf den moralischen Schein bestanden. Alle großangelegten außenpolitischen Forderungen des Papen-Kabinetts sind gefallen. Die deutsche Delegation unter Führung Papens dachte nicht daran, deshalb den Kompromiß, der zwischen England und Frankreich zustande kam, abzulehnen. Frankreich hat seine Positionen benutzt und hat die deutsche Delegation gezwungen, die Forderungen anzunehmen.

Materiell besagt das Gläubiger-Abkommen mit Deutschland: Deutschland erhält ein Totalmoratorium von drei Jahren. Danach hat es die Verpflichtung, drei Milliarden Reichsmark zu bezahlen, die in Form von Reichsschuldverschreibungen der BIZ. in Basel als Treuhänder übergeben werden. Vom 1. Juni 1935 an können die Schuldverschreibungen kommerzialisieren werden, d. h. zum Verkauf auf den verschiedenen Geldmärkten ausgelegt werden, in dem Maße, wie es die Kreditfrage Deutschlands gestattet, und nachdem das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wiederhergestellt ist. Sämtliche Schuldverschreibungen, die nach Ablauf von 12 Jahren noch nicht abgesetzt sind, verfallen, brauchen nicht eingelöst werden.

Für die Reichsbahn bedeutet der Lausanner Vertrag, daß die Reparationssteuer in Höhe von 660 Millionen Mark wegfällt, und daß die Reichsbahn von allen ausländischen Bindungen befreit wird.

Die deutsche Bourgeoisie hat auf Grund der Weltwirtschaftskrise einen weiteren Vorstoß zur Neuauftellung der Welt nach anderen imperialistischen Gesichtspunkten, wie sie durch den Versailler Vertrag festgelegt wurden, durch-

Auf diesem Wege durften natürlich die Gewerkschaften nicht fehlen. Sie haben den besten Beweis als Schutzorganisation für bedrohte sozialdemokratische Amtsanwärter erbracht; sie haben aber aufgehört, Interessenvertretungen der Arbeiter zu sein.

Diese sozialdemokratische Demokratie der kapitalistischen Republik hat sich als der beste Boden für den Aufmarsch der Reaktion erwiesen. —

Es gibt keinen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit! Nur rücksichtsloser Klassenkampf gegen unsere Unterdrücker!

Reformismus, Kapitalismus und Faschismus sind einander wert. Sie sind die Feinde der Arbeiterklasse.

Proletarische Klassenkämpfer haben daher den Kampf gegen alle drei zu führen!

Das wahre Deutschland

Der amerikanische Journalist Knickerbocker schreibt in seinem Buche „Deutschland — so oder so?“ sehr Interessantes über das Prassen und Schlemmen einer gewissen Schicht, während Millionen infolge der ungenügenden Unterstützungssätze nicht einmal satt zu essen haben und während die Selbstmorde aus Nahrungssorgen sich täglich mehren.

In diesen wenigen Worten wird aufgezeigt, wie diese Schicht aus dem Elend der Proleten Honig saugt. Er schreibt folgendes:

„Wenn man vor dem Nachtschlaf im Berliner Norden steht und mit den Hungernden auf die Ausgabe der Suppenkarten wartet, lernt man in einer Nacht das Elend in Deutschland kennen, wird man aber in der nächsten Nacht von mehr als zehn überfüllten Sektlokalen weggeschickt, so wird einem in verblüffender Weise beigebracht, wie üppig gleichzeitig in Deutschland gelebt wird.“

Nach stundenlangem Herumsuchen und vergeblichen Bemühungen im Embassadenur in der Barberina, der Kaskade, dem Kakadu und einigen anderen der einhundertneunzehn öffentlich als Luxuslokale bezeichneten Nachtlokale Berlins unterzukommen, schien es wirklich ratsam, sich nach Stehplätzen umzusehen. An dicht beieinander stehenden Tischen vorbei, an denen Wein getrunken wurde in einer Enge, die der in einem Untergrundbahnwagen um nichts nachstand, arbeiteten wir uns, über Beine stolpernd, zur Bar durch, die den Peanut vendor spielte, und bahnten uns dann zwischen den tanzenden Paaren, die sich mit dem Rumba abquälten, einen Weg, bis wir glücklich auf einem freien Fleckchen, an dem Ende der Bar, anlangten.

Das Rasseln der Rumbaklappen verstummte. Der Tanz war zu Ende. Ein Sektpfropfen knallte, Rufe wurden laut und die Ober eilten mit Eiskübeln, Weinflaschen und Likörgläsern zu den Tischen.

Die Reichsmark mag weniger Golddeckung haben als der bescheidene Sowjetrubel. —

Im Berliner Norden mag ein Pfennig gierig ergriffen und festgehalten werden. Es mag fünfzehn Millionen hungrende Deutsche geben, aber im Berliner Westen kauft die Reichsmark immer noch Sekt. Im Berliner Westen sind die Pfennige es kaum wert, auf die Rechnung gesetzt zu werden.“

So leben die Kreise, die aus uns eine Volksgemeinschaft machen wollen, die laut nach Arbeitsdienstpflicht für die Proleten schreien, und die die Notverordnungen wenig berühren.

Der „neutrale“ Rundfunk

Es war eine der ersten Taten der neuen Regierung, daß sie einen Rundfunkvortrag Adolf Hitlers ankündigte, für den dann Straßer sprach. Gar nicht lange darauf wurde der angeblich parteipolitisch neutrale Rundfunk wieder einem Nazi zur Verfügung gestellt, der uns über die Vorzüge der Arbeitsdienstpflicht belehrte. Nun konnte man gespannt sein, wie sich die Sache mit den Wahreden der einzelnen Parteien entwickeln würde, die in der letzten Woche vor dem 31. Juli über alle deutschen Sender gehen sollen. Dabei hätte man doch auch einem Kommunisten das Wort geben müssen. Aber keine Angst! Was eine findige Regierung ist, die weiß sich immer zu helfen. Kurz und bündig heißt es in der betreffenden Bekanntmachung: „Diese Regelung gilt nicht für die Kommunistische Partei“. Es gibt für diese Maßnahme natürlich keinerlei juristische Begründung, worauf die Liga für Men-

schrechte in einem Schreiben an den Reichsinnenminister hinweist. Aber juristische Gründe sind bei solchen Dingen nicht maßgebend. Man wird doch nicht über Zwirnsfäden stolpern. Solange der Rundfunk Staatsmonopol und somit in den Händen vorwiegend reaktionärer Beamten ist, wird sich die Sache schwerlich ändern. Es ist zu verlangen, daß entweder bestimmte Tage und Stunden für die Arbeiterorganisationen freigegeben werden — wie in Holland — oder daß das Sendemonopol des Staates aufgehoben wird, damit sich die Arbeiterorganisationen eigene Sender errichten können, wie in den Vereinigten Staaten. Solange das nicht erreicht ist, muß den Herren Rundfunkkommissaren mit den Ministergehältern durch das Mittel des organisierten Massenboykotts klargemacht werden, daß der Rundfunk nicht dazu da ist, um Nazi-propaganda zu machen, zumal er in überwiegender Maße von den Beiträgen der Arbeiter erhalten wird.

Zur Beachtung!

Da wir in letzter Zeit sehr häufig Strafporto wegen ungenügender Frankierung der uns zugehenden Briefe von seiten unserer Mitglieder zu bezahlen hatten, machen wir hiermit nochmals den Posttarif bekannt.

Gewöhnliche Postkarten: im Ortsverkehr 5 Pf., im Fernverkehr 6 Pf.

Gewöhnliche Briefe: im Ortsverkehr bis 20 g (zwei einfache Folio- oder Quart-Bogen) 8 P., im Ortsverkehr bis 250 g (fünf Mitgliedsbücher) 15 Pf., im Fernverkehr bis 500 g 20 Pf.; im Fernverkehr bis 20 g 12 Pf., im Fernverkehr bis 250 g 25 Pf., im Fernverkehr bis 500 g 40 Pf.

Drucksachen (in diesen dürfen keine schriftlichen Sachen sein): bis 20 g (Kouvert muß offen bleiben — eine vierseitige Zeitung) 4 Pf., bis 50 g (3 vierseitige Zeitungen inkl. Kreuzband) 5 Pf., bis 100 g (6 vierseitige Zeitungen inkl. Kreuzband) 8 Pf., bis 250 g (12 vierseitige Zeitungen inkl. Kreuzband) 15 Pf., bis 500 g (28 vierseitige Zeitungen inkl. Kreuzband) 30 Pf.

Päckchen: bis 2 kg Meistgewicht 40 Pf.
Einschreiben: außer der Freigebühr noch 30 Pf.
Wir ersuchen die Kollegen, diese Sätze zu beachten.

Betrifft Mitgliederlisten

Wir ersuchen die Ortsgruppenleiter resp. Bezirksobleute, die ihnen zugegangenen Listen für die Mitglieder des Bundes umgehend dem Bundessekretariat zuzusenden zu wollen.

Des weiteren werden die Kassierer der Ortsgruppen, welche für das II. Quartal 1932 noch nicht abgerechnet haben, hiermit aufgefordert dieses sofort zu erledigen, da andernfalls die Belieferung mit Material für diese Ortsgruppen unterbleibt.

Versammlungskalender für den Schiffbau-Industrie-Verband

Berlin:
Jeden Mittwoch nach dem 15. in Lichtenberg, Hauptstr. 87 (Poezontek).
Köpenick:
Jeden Montag nach dem 15. in Köpenick, Rosenstraße 11 (Augustin).
Waltersdorf:
Jeden 1. Dienstag im Monat in Rüdersdorf, Brückenstr. 1 (Rusch).
Potsdam:
Jeden 2. Dienstag im Monat in Potsdam, Alte Königstr. 27 (Wüstenhagen).
Fürstenberg:
Jeden 1. Freitag im Monat in Fürstenberg a. d. O., Göhring, Buchkrug.
Kremmen:
Jeden Montag vor dem 15. in Kremmen, Dammstr. 219 (Olm).
Niederlehme:
Jeden Freitag nach dem 15. in Niederlehme; Neue Mühlen, Ecke Bismarckstr.
Unbedingte Pflicht ist es, daß jeder Kollege die für ihn in Frage kommende Versammlung besucht.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 30. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28.

geführt. Die deutsche Bourgeoisie kann insofern für sich einen wirtschaftlichen Vorteil verbuchen.

Frankreich versucht diesen Vorteil der deutschen Bourgeoisie dadurch zu kompensieren, daß es eine politische und militärische Vorherrschaft in Mitteleuropa erhalten hat. Die englische Bourgeoisie versuchte in Gemeinsamkeit mit den europäischen Mächten einen Druck auf Amerika auszuüben, um es zu veranlassen, die Kriegsschuldentilgungsfrage mit dem Problem der Reparationsfrage gleichzeitig zu lösen. Amerika hat von sich aus seine Positionen in der Kriegsschuldfrage ausgenutzt, um wiederum in der Frage der Kriegsvorbereitungen, genannt Abrüstung, seine entscheidenden Positionen in der Welt zu festigen.

Amerika ist von der Wirtschaftskrise in einem Ausmaß betroffen, wie nie zuvor. Es hat u. a. das größte Interesse, seinen Etat durch Streichung der ständig wachsenden Militärausgaben zu senken. Es kann aber diesen Plan nur verwirklichen, wenn die anderen imperialistischen Mächte ebenfalls keine weiteren Rüstungen vornehmen. Amerikas pazifistisches Auftreten auf der Abrüstungskonferenz entspringt darum nur den eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und dem Willen, durch Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Macht als Gläubigerland die anderen Länder durch Einschränkung der Rüstungen weiter in Schach zu halten. Es will durch diese Pläne seine eigenen Positionen auch auf militärischem Gebiete gegenüber den anderen Ländern stärken. Da die amerikanische Bourgeoisie weiß, daß ihre Ansprüche an England, Frankreich durch die Weltwirtschaftskrise gefährdet sind, und daß deshalb von diesen Ländern Amerika ebensowenig die volle Zahlung der Schulden erreichen wird, wie Frankreich und England das von Deutschland erreicht haben, so will sie als Austausch dafür gegenüber den Schuldzahlungen ihre Vorherrschaft auf dem Weltmarkt sichern, auf militärischem Gebiet die anderen imperialistischen Staaten zur Anerkennung ihrer Forderungen bringen. Lausanne war für diese Politik das beste Beispiel.

Für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet die Einigung der imperialistischen Mächte auf der Basis des oben gekennzeichneten Kompromisses eine weitere Verschärfung des An-

griffs. Die internationalen Mächte haben sich mit der deutschen Bourgeoisie verständigt, um weitere Profite aus der deutschen Arbeiterklasse herauszuquetschen. Die Weltwirtschaftskrise soll auf Kosten des Proletariats überwunden werden. Die internationale Bourgeoisie hat sich auf diesem Boden gegen die Arbeiterklasse vereinigt. Für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet darin Lausanne weitere Belastung der Lebenshaltung, neue Steuern, neue Entrenchung. Für die Unternehmer aber bedeutet Lausanne der Versuch, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Die Börse reagiert deshalb freudig auf das Ergebnis von Lausanne, das Finanzkapital hofft, in neue Geschäfte zu kommen.

International zeigt der Pakt von Lausanne offen seine Spitze gegen die Sowjet-Union. Die Dauer der Weltwirtschaftskrise hat die Gegensätze zwischen der Sowjet-Union und den imperialistischen Mächten gewaltig verschärft. Die Sowjet-Union stellt für die imperialistischen Länder ein Hindernis dar, um durch Ausbreitung ihres Absatzmarktes ihre Wirtschaftskrise zu lösen. Die Einigung der imperialistischen Länder in Lausanne mit dem Willen, die Wirtschaftskrise auf kapitalistischem Wege zu überwinden, muß deshalb eine weitere Verschärfung der Kriegsgefahr gegen die Sowjet-Union mit sich bringen.

Der Lausanner Pakt stellt für die Imperialisten den Versuch dar, eine Atempause im kapitalistischen Ringen um den Weltmarkt zu erreichen. Er leitet eine neue Entwicklung des Kampfes um die Verteilung des kapitalistischen Weltmarktes ein. Das internationale Proletariat muß auf der Hut sein. Es muß die Mächenschaften der internationalen Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse durchkreuzen, indem es in jedem Lande den Kampf gegen das Kapital führt.

Die deutsche Arbeiterklasse führt heute den stärksten Schlag gegen die Bourgeoisie, indem es die stärkste Stütze der Kapitalisten, die faschistische Konterrevolution schlägt. Die faschistische Konterrevolution kann aber nur durch die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse geschlagen werden. So mahnt Lausanne die deutsche Arbeiterklasse mit verstärkter Kraft den Kampfblock aller Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus zu schmieden.